

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 22:20 Uhr

Vorsitz:

(Anwesenheitsliste entfernt)

Anwesend:

Entschuldigt:

Magistrat:

Stadtverordnetenversammlung:

Verwaltung:

@NK01@

Gäste/Sonstige:

@NK02@

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

@NK03@

öffentlicher Sitzungsteil

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.11.2021
2. 2021-101 Doppische Haushaltssatzung inkl. Anlagen für das Haushaltsjahr 2022
3. 2021-102 Beschluss des Finanzsicherungs- und Liquiditätssicherungskonzeptes 2022
4. 2021-103 Gebührenerhöhungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen; hier:
Anpassung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Mediathek Raunheim
5. 2021-104 Gebührenerhöhungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen; hier:
Bildungskonzept Raunheim (BKR);
Hier:
a) Neufassung der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim
b) Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim
6. 2021-105 Gebührenerhöhungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen; hier:
Anpassung der Gebühren für die Benutzung der Ganztags-schulbetreuung an beiden Raunheimer Grundschulen
7. FA/2021-99 Wiederaufruf
FDP-Antrag;
Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes
8. FA/2021-100 Wiederaufruf
FDP-Antrag;
Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes
9. FA/2021-103 Wiederaufruf
B90/Die Grünen-Änderungsantrag
zur Drucksache 2021-103
Benutzungsgebühren Mediathek
10. FA/2021-116 B90/Die Grünen Antrag
1. Festsetzung des Grundsteuerhebesatzes
2. Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes
3. Erhöhung der Hundesteuer
4. Verschiebung Umsetzung des geplanten Lehrpfades
11. FA/2021-122 SPD-Antrag;
Anpassung der Hundesteuer
12. FA/2021-123 SPD-Antrag;
Einrichtung eines städtischen Broadcast-Services

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss

14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

13. FA/2021-124 SPD-Antrag;
Umsetzung der Katzenschutzverordnung
14. FA/2021-127 B90/Die Grünen Antrag;
Abriss und Begrünung der Plattformanlage Ludwig-Buxbaum-Allee
15. FA/2021-128 B90/Die Grünen Antrag;
Erstellung einer Prioritätenliste bei der Straßensanierung
16. FA/2021-132 B90/Die Grünen Antrag;
Pauschale Kürzung der Sach- und Dienstleistungen
17. FA/2021-143 CDU-Änderungsantrag;
Erhöhung Grundsteuer B/Grundsteuerhebesatz für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
18. 2021-106 Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen Eigenbetrieb Stadtwerke;
Hier:
1. Anpassung der Wasserbeitrags- und Gebührensatzung (WBGs); Neukalkulation der Wasserbeiträge gem. dem Gesetz über die kommunalen Abgaben (KAG)
19. 2021-107 Wiederaufruf
Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen Eigenbetrieb Stadtwerke;
Hier:
2. Anpassung der Entwässerungssatzung (EWS); Neukalkulation der Abwasser- und Niederschlagsgebühren gem. dem Gesetz über kommunalen Abgaben (KAG)
20. 2021-108 Wiederaufruf
Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen Eigenbetrieb Stadtwerke;
Hier:
3. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke Raunheim für das Jahr 2022
21. 2021-139 Bericht über die Prüfung des Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebs „Stadtentwicklung“
22. 2021-140 Aufstellung des Jahresabschlusses 2020
23. 2021-136 Bebauungsplan 61.23.47 „Schleusenstraße“

hier: 1. Änderung
24. FA/2021-121 SPD-Antrag;
Anmeldung von Hunden zur Hundesteuer
25. FA/2021-129 B90/Die Grünen Prüfauftrag;
Schaffung einer Ausleih-Möglichkeit für Lasten-Fahrräder durch einen Dienstleister in Raunheim
26. FA/2021-134 CDU-Antrag;
Erstellung eines Sicherheitszauns an der Freisportanlage zum Schnelser Weg

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

27. FA/2021-115 Wiederaufruf
B90/Die Grünen Prüfantrag
Anbringung von sog. Haifischzähnen auf Höhe der rechts
einmündenden Straßen zur Karlstraße
28. FA/2021-10 Prüfantrag FDP-Fraktion: Möglichkeit der Schaffung einer
Corona-Beratungs- und Informationsstelle
29. Verschiedenes

Sitzungsverlauf

öffentlicher Sitzungsteil

1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt-und Finanzausschusses vom 09.11.2021**

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. **2021-101 Doppische Haushaltssatzung inkl. Anlagen für das Haushaltsjahr 2022**

Der Bürgermeister verweist auf die Beratung der Haushaltsangelegenheiten sowie der begleitenden Anträge der Fraktionen in den Fachausschüssen. Hier sei vereinbart worden, die Punkte nicht abzustimmen, die Beratungsergebnisse allerdings zusammenzufassen und dann final in der Sitzung der STV beschließen zu lassen. Es böte sich an, so auch in der heutigen Sitzung des HFA zu verfahren.

Falls man sich darauf verständigen könnte, würde die Verwaltung die Beschlussempfehlungen und Beratungsstände in einer Tabelle zusammenfassen und diese als gesammelte Beschlussempfehlungen den Fraktionen zur Vorbereitung der Sitzung der STV zuleiten.

Dieser Empfehlung wird seitens der Ausschussmitglieder gefolgt.

Hiernach wird in die Beratung des Haushaltsplanentwurfes, des Konsolidierungspapiers wie auch der Anträge eingestiegen.

Die FDP-Fraktion stellt ihre Fragen vor. Frage 1 zum Punkt Kostenerstattungen S.57 Nr.3. Die Nachfrage zur Steigerung aus dem Jahr 2020 zu 2021 und 2022. Herr Loy erklärt, dass sich relevante Teile aus Erstattungen erklären lassen, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie bereitgestellt waren.

Weiterhin fragt die Fraktion nach, ob die Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung nicht zu niedrig angesetzt seien. Herr Loy und Herr Jühe begründen den tendenziell eher zurückhaltenden Ansatz mit Gewöhnungseffekten auf Seiten der Verkehrsteilnehmer und dem Abzug durch höheren Verwaltungsaufwand.

Eine weitere Frage dreht sich um die Personalaufwendungen S.83 Nr. 11. Es wird erfragt, ob die Personalaufwendungen nicht zu niedrig angesetzt seien. Herr Loy erklärt, wie die Zusammensetzung der Personalkosten zustande kommt. Dabei geht er auf Stellenanteile im Bürgerbüro wie auch bei der Stadtpolizei ein. Darüber hinaus finden erwartete Tarifsteigerungen aber auch Reduzierungen der Aufwendungen durch zeitlich verzögerte Stellenbesetzungen und längerfristige Erkrankungen Erwähnung. Es sei diesmal nicht nur spitz, sondern auch realitätsbezogen kürzend gerechnet worden.

Die letzte Frage bezieht sich auf die S. 211 Nr. 111.31 Liegenschaftsverwaltung. Herr Loy erklärt verschiedene Umgruppierungen und strukturelle Veränderungen im Stellenplan.

Beschluss:

1. Der Entwurf zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 samt Anlagen wird der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung zugeleitet.
2. Nach Beratung durch die städtischen Gremien erhält der Magistrat den Auftrag, sämtliche beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen sowie ggf. notwendig werdende Gewinnausschüttungen seitens des Eigenbetriebes Stadtentwicklung zu einem genehmigungsfähigen Gesamtwerk zusammenzuführen und der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird in die STVV am Donnerstag mitaufgenommen

3. 2021-102 **Beschluss des Finanzsicherungs- und Liquiditätssicherungskonzeptes 2022**

Ein neuer Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung digitaler Werbetafeln wird vom Vorsitzenden der Drucksache zugeordnet und zur Beratung mit aufgenommen.

Die Fraktion erklärt zum Antrag, dass neben der Möglichkeit zur Einnahmemehrung auch auf die stadtgestalterische Qualität geachtet werden müsse. Ausdiesem Grund wolle die SPD-Fraktion die Kontrolle über Anzahl, Ort und Erscheinungsbild digitaler Werbemöglichkeiten sicherstellen. Neben der Werbung sollten die Bürgerinnen und Bürger auch offizielle Informationen der Stadtverwaltung über diese Tafeln erhalten können.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass bei einer Begrenzung auf drei Standorte ein voraussichtlicher Einnahmeverlust in Höhe von 20.000 Euro entstünde. Dies solle bedacht werden.

Die CDU-Fraktion kann der Absicht des SPD-Antrages folgen. Wichtig seien ihr vor allem, an welchen Stellen solche Tafeln aufgestellt werden könnten und mit welchen Installationskosten zu rechnen sei.

Der Bürgermeister gibt hierzu an, dass die angenommenen Einnahmen in Höhe von rund 10.000,00 Euro pro Tafel bereits den Nettoertrag darstellten. Damit sei der Investitionsaufwand schon abgerechnet.

Die Attraktivität solcher Systeme für Unternehmen sei hoch, daher ließen sich auch erwartbar die angenommenen Einnahmen realisieren. Er verweist darauf, dass im kommunalen Kontext üblicherweise Werbeanlagensatzungen das Angebot verknappten.

Die FDP-Fraktion schlägt vor, anders als im SPD-Antrag formuliert, die quantitative Beschränkung zunächst nicht vorzusehen und sich von der Verwaltung geeignete Standorte zur Auswahl vorschlagen zu lassen. Diesem Vorschlag kann die SPD-Fraktion folgen.

Der SPD-Antrag wird dahingehend abgeändert, dass vorläufig quantitative Begrenzung vorzusehen ist. Der Antrag wird in der Sitzung der STV final beraten und abgestimmt.

Die Fraktion B'90/Die Grünen unterstellt in ihrem Beitrag zum Konsolidierungspapier, dass ein Rechenfehler vorliege. Herr Bader klärt dies gegen Ende der Sitzung auf und zeigt auf, dass es sich um keinen Rechenfehler handle.

Beschluss:

Das vorliegende Konzept zur Finanzsicherung für das Haushaltsjahr 2022 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Kein Beschluss, wird mit aufgenommen in die Sitzung der STV am Donnerstag

4. **2021-103** **Gebührenerhöhungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen; hier:
Anpassung der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Mediathek Raunheim**

Der Bürgermeister verweist auf den Konsens aus der gestrigen Sitzung

Frau Mohr erklärt zum Sachstand, dass die Jahresgebühren von 5,00 € auf 8,00 € angehoben werden sollten. Dem Vorschlag der Grünen-Fraktion, die Gebühren auf 10,00 € anzuheben, wurde gefolgt. Im Gegenzug solle die Gebühr für die erste Stunde der Internetnutzung entfallen. Dies soll in die Beschlussempfehlung für Donnerstag aufgenommen werden.

Eine weitere Wortmeldung seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zielt auf eine frühere Anfrage zu Einrichtung einer Rückgabebox für Entleiher. Frau Mohr gibt an, dass seitens der Nutzer hierzu bislang kein Bedarf angemeldet worden sei. Annahme über den großen Briefkasten am Rathaus sei zudem zulässig.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Benutzungs- und Gebührenverordnung für die Mediathek Raunheim wird beschlossen. Mit Inkrafttreten der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Mediathek Raunheim am 01.01.2022 wird die Benutzungs- und Gebührenordnung für die Mediathek Raunheim vom 01.01.2004 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Wie gestern im FA beschlossen und von Frau Mohr vorgetragen wird der Antrag übernommen

5. **2021-104** **Gebührenerhöhungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen; hier:
Bildungskonzept Raunheim (BKR);
Hier:
a) Neufassung der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim
b) Neufassung der Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim**

Bestehende Unklarheiten über die Darstellung der Gebührenhöhe in Konsolidierungspapier und Drucksache werden aufgeklärt.

Beschluss:

1. Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim wird beschlossen. Mit Inkrafttreten der Satzung am 01.01.2022 wird die Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim vom 01.08.2017 aufgehoben.

2. Die als Anlage 4 beigefügte Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim wird beschlossen. Mit Inkrafttreten der neuen Gebühren-

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Satzung am 01.01.2022 wird die Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der städtischen Kindertageseinrichtungen der Stadt Raunheim vom 18.09.2020 aufgehoben.

**6. 2021-105 Gebührenerhöhungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen; hier:
Anpassung der Gebühren für die Benutzung der Ganztags schulbetreuung an beiden Raunheimer Grundschulen**

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag auf eine geringere Anhebung der Gebühren für das sogenannte Modul 1. Für dieses soll lediglich eine Erhöhung um 10,00 € erfolgen.

Die Wortmeldung der FDP-Fraktion erinnert an die Konsolidierungserfordernisse und warnt davor, nun an verschiedenen Stellen bei Ergebnisverbesserungen nachzulassen.

Die CDU-Fraktion erachtet den Antrag der SPD-Fraktion als sinnvoll, da die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung im zweistelligen Prozentbereich liege.

Der Bürgermeister empfiehlt, die Mindereinnahmen durch eine reduzierte Gebührenanhebung für das Modul 1 durch die Verwaltung ermitteln zu lassen und das Ergebnis in der Tabelle der Beschlussempfehlungen aufzunehmen.

Der Vorschlag der Grünen-Fraktion auf Staffelung der Gebührenhöhe nach Kinderanzahl wird von den anderen Fraktionen nicht bestätigend aufgenommen. Der Bürgermeister verweist auf den hohen Verwaltungsaufwand und einen nicht zweifelsfrei wünschenswerten sozialstrukturellen Belohnungseffekt.

Beschluss:

Die Anpassung der Gebühren für die Benutzung der Ganztags schulbetreuung an beiden Raunheimer Grundschulen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Wird abschließend in der Sitzung der STV am Donnerstag beraten und beschlossen.

**7. FA/2021-99 Wiederaufruf
FDP-Antrag;
Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes**

Die Fraktion der FDP begründet ihren Antrag auf zeitliche Einengung der verbindlichen Wirksamkeit eines Beschlusses zur Anhebung der Grundsteuer B. Es solle kein Freibrief für eine dauerhaft hohe Grundsteuer geben. Vielmehr sei nach zwei Jahren zu prüfen, ob die Höhe von 640 Punkten noch erforderlich sei. Falls dies nicht notwendig erscheine, wäre die Grundsteuer wieder entsprechend abzusenken.

Die SPD-Fraktion bestätigt die Auffassung der FDP-Fraktion und schließt sich deren Antrag an. Unabhängig davon gelte es festzustellen, dass die erwarteten Defizite zeitlich begrenzt und nicht strukturell bedingt erscheinen.

Die CDU-Fraktion hält das Maß der Anhebung für zu hoch. Es träfe viele Menschen, die zeitgleich noch weitere Erhöhungen von Gebühren und Preisen erwarten müssten.

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss

14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Die Fraktion fordert stattdessen eine moderatere Erhöhung. Dadurch verringerte Einnahmen sollten durch die Verschiebung von Instandhaltungsmaßnahmen beim Straßenbau ausgeglichen werden.

Die SPD-Fraktion verweist hierzu auf das Haushaltsrecht. Demnach ließen sich Positionen im Ergebnishaushalt nicht mit solchen des Finanzhaushaltes verrechnen. Daher würde der CDU-Vorschlag keine Kompensation in erforderlicher Höhe bringen.

Diese Einschätzung wird vom Bürgermeister bestätigt und ergänzend erläutert. Ergebniswirksam würden bei Investitionen lediglich die Höhe der Abschreibungen und des Schuldendienstes.

Bürgermeister Jühe äußert zudem die Einschätzung, dass sich eine Grundsteuererhöhung im Bereich des Geschosswohnungsaltsbestandes in der Ringstraßensiedlung nur geringfügig auf die Miethöhen auswirken werde. Zudem stünden einer höheren Grundsteuer auch deutlich optimierte Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gegenüber.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert ihre Auffassung, mit einer Erhöhung des Hebesatzes auf 600%-Punkte auskommen zu können. Gleichlautend mit der Position von FDP und SPD wird darauf plädiert, die Anhebung nach zwei Jahren dahingehend prüfen zu lassen, ob diese noch erforderlich ist. Falls dies nicht der Fall sei, solle der Hebesatz wieder entsprechend verringert werden.

Der Bürgermeister nimmt nochmals Bezug auf den Vorschlag der CDU, die zeitliche Verschiebung von Straßenbaumaßnahmen zum Ausgleich der verringerten Einnahmen aus einer reduzierten Hebesatzanhebung einsetzen zu wollen (Punkt 24 des Konsolidierungspapiers).

Er schlägt vor, die tatsächliche finanzielle der Wirkung der Verschiebung für den Ergebnishaushalt ausrechnen und in die tabellarische Zusammenfassung der Beschlussempfehlungen aufnehmen zu lassen.

Beschluss:

Finale Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag.

8. FA/2021-100 Wiederaufruf FDP-Antrag; Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes

Die Fraktion der FDP beantragt eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 410 Punkte verbunden mit der Prüfvorgabe nach zwei Jahren. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen schließen sich diesem Vorschlag an.

Der Bürgermeister wirbt um Verständnis für seine Position, eine Anhebung nicht über 399 Punkte vorzunehmen. Im Wettbewerb der Kommunen um attraktive Unternehmensansiedlungen könne sich dies als schwerwiegender Nachteil erweisen.

Die SPD-Fraktion kann zwar die Sorge des Bürgermeisters nachvollziehen, hält es aber für leistbar, dass die bislang sehr erfolgreiche Wirtschaftsförderungspolitik in Raunheim einen maßgeblichen Ansiedlungsnachteil abwehren kann.

Beschluss:

Beschlussempfehlung: Erhöhung 410%-Punkte, nach zwei Jahren Prüfung der Erforderlichkeit. Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

9. FA/2021-103 **Wiederaufruf
B90/Die Grünen-Änderungsantrag
zur Drucksache 2021-103
Benutzungsgebühren Mediathek**

Zuvor bereits beraten

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag

10. FA/2021-116 **B90/Die Grünen Antrag
1. Festsetzung des Grundsteuerhebesatzes
2. Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes
3. Erhöhung der Hundesteuer
4. Verschiebung Umsetzung des geplanten Lehrpfades**

Die Grünen fordern eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf 410% und eine Erhöhung der Grundsteuer auf 600%. Punkt 4 ist zurückzuziehen, da der Waldlehrpfad bereits in der Entstehung ist.

Zur Thematik Hundesteuer wird der SPD-Antrag zur gleichen Thematik mit aufgerufen. Der Ersthund soll 80,00 €, der zweite Hund 100,00 € und jeder weitere Hund 120,00 € kosten. Die Hundesteuer für gefährliche Hunde soll auf 495,00 € heraufgesetzt werden, da die Haltung solcher Hunde erschwert werden soll. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen gleiche Anhebungen für gerechtfertigt an, wollen aber eine Erhöhung der Steuer für gefährliche Hunde auf 400,00 € begrenzen.

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag.

11. FA/2021-122 **SPD-Antrag;
Anpassung der Hundesteuer**

Der Antrag wurde mit dem vorhergehenden TOP beraten.

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag

12. FA/2021-123 **SPD-Antrag;
Einrichtung eines städtischen Broadcast-Services**

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag.

Die FDP fragt nach den Kosten für die Einrichtung und die damit verbundenen Folgekosten.

Ähnlich positionieren sich die Grünen bzgl. der Kostenfrage und fragen an, ob sich die Leistung ggf. in die geplante Raunheim-App integrieren lässt.

Herr Loy erklärt den Sachstand: Die Raunheim-App sei hierfür nicht nutzbar und die Kosten seien auch überschlägig aktuell nicht abschätzbar.

Die CDU-Fraktion erkennt keinen Grund für die Erforderlichkeit eines Broadcast-Service.

Der SPD-Fraktion wird seitens der FDP-Fraktion geraten, den Antrag zu einem Prüfantrag umzuwandeln. Dem folgt die SPD-Fraktion.

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Beschluss:

Umwandlung zum Prüfantrag

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. FA/2021-124 SPD-Antrag; Umsetzung der Katzenschutzverordnung

Die Fraktion der SPD erklärt den Sachstand nach den Erfahrungen, dass das Budget nicht ausreichend sei, um die aktuelle Population an wilden Katzen wirksam zu verringern.

Nach Abschätzung der örtlichen Tierhilfe würden 3.000 Euro mehr im Planansatz ein hinreichendes Maß an Kastrationen ermöglichen.

Die CDU-Fraktion bittet um einen Bericht und erwartet, dass die Leistungen durch die Tierhilfe vollumfänglich transparent gemacht werden.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass eine Auszahlung nur nach Vorlage von Belegen der Tierärzte für Kastrationen ausgezahlt wird. Das Ziel sei, in den Folgejahren weniger zeugungsfähige Katzen zu haben. Herr Loy bestätigt das hohe Kastrationsaufkommen. Das Budget für 2021 war bereits am 12. Oktober aufgebraucht.

Die Fraktion Bündnis 90- die Grünen beklagt eine unterstellbare Ungleichbehandlung zwischen Hunde- und Katzenbesitzern. Hierzu wird ein Antrag angekündigt.

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

14. FA/2021-127 B90/Die Grünen Antrag; Abriss und Begrünung der Plattformanlage Ludwig-Buxbaum-Allee

Die Fraktion Bündnis 90 – die Grünen stellt den Antrag, keine weiteren Investitionen vorzunehmen und stattdessen eine Begrünung stattfinden zu lassen. Der Bürgermeister verweist auf den Sachstand aus dem Fachausschuss. Die Uferplattform hat eine technische Funktion und könne nicht einfach abgerissen werden.

Als Kompromiss lasse sich darstellen, zunächst keine Sanierung vorzunehmen, bis klar sei, wie die Oberfläche des Bauwerkes zukünftig genutzt werde (Verweis auf CDU-Antrag zu Sportgeräten im Außenbereich).

Zur Vermeidung von Gefahren solle zunächst eine einfache Abdeckung vorgenommen werden.

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

15. FA/2021-128 B90/Die Grünen Antrag; Erstellung einer Prioritätenliste bei der Straßensanierung

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen stellt einen Antrag auf Auflistung nach Prioritäten und Jahreszahlen was die Planung betrifft. Der Bürgermeister erklärt, dass bereits eine Liste existiere und diese von der Verwaltung jederzeit vorgestellt werden könne.

Beschluss:

Beschlussempfehlung: Die Stadtverwaltung erklärt, dass sie die Liste im neuen Jahr vorstellen wird.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

16. FA/2021-132 B90/Die Grünen Antrag; Pauschale Kürzung der Sach- und Dienstleistungen

Der Sachstand laut dem Bürgermeister gliedert sich in zwei Bereiche auf, diese sind zum einen die Personalkosten und zum anderen die Sach- und Dienstleistungen.

Er legt dar, dass bereits umfangreich Kürzungen eingeplant seien und damit weitere Einsparungen nicht vertretbar erschienen.

Frau Mohr erklärt, dass Fortbildungen, Klausuren und Ausflüge in den Kitas ausgefallen sind. Dazu komme der Neubau von zwei Kindertagesstätten die zusätzlich Mittel benötigen.

Herr Laubscheer erklärt, dass Personalkosten und bilanzierte Abschreibungen sowie Rechnungen für Strom- und Gas-Lieferungen sowie AöR und Mittel für Vereine bereitgestellt werden müssten, sowie Vereinbarung mit Dritten. Herr Bader ergänzt, dass rund zwei Millionen durch eine Umgliederung zustande kommen.

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

17. FA/2021-143 CDU-Änderungsantrag; Erhöhung Grundsteuer B/Grundsteuerhebesatz für die Haushaltsjahre 2022 und 2023

Beschluss:

Abschließende Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung der STV am Donnerstag.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

18. 2021-106 Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen Eigenbetrieb Stadtwerke; Hier: 1. Anpassung der Wasserbeitrags- und Gebührensatzung (WBGs); Neukalkulation der Wasserbeiträge gem. dem Gesetz über die kommunalen Abgaben (KAG)

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Der Bürgermeister erinnert an den Sachstand aus der Haushaltsrede. Im Bereich der Wassergebühren könne nicht zurückgefahren werden, da die Stadt die Kosten nicht niedriger halten kann. Die Mittel seien erschöpft. Die Eigengewinnung kann die Preise stabilisieren. Gebühren sind auf den damit verbundenen Aufwand hin anzupassen.

Beschluss:

1. Die Anpassung der Wasserbeitrags- und Gebührensatzung in der vorliegenden Fassung ihrer X. Satzung zur Änderung wird beschlossen und die Betriebsleitung beauftragt, die Satzung kurzfristig bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

19.	2021-107	Wiederaufruf Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen Eigenbetrieb Stadtwerke; Hier: 2. Anpassung der Entwässerungssatzung (EWS); Neukalkulation der Abwasser- und Niederschlagsgebühren gem. dem Gesetz über kommunalen Abgaben (KAG)
-----	----------	---

Beschluss:

2. Die Anpassung der Entwässerungssatzung in der vorliegenden Fassung ihrer II. Satzung zur Änderung wird beschlossen und die Betriebsleitung beauftragt, die Satzung kurzfristig bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

20.	2021-108	Wiederaufruf Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen Eigenbetrieb Stadtwerke; Hier: 3. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke Raunheim für das Jahr 2022
-----	----------	--

Der Bürgermeister verweist auf die günstigeren Voraussetzungen in den Punkten 18+19. Die Gebühren werden steigen, da für die Anlage eine vierte Reinigungsstufe mit einkalkuliert werden muss.

Beschluss:

3. Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke der Stadt Raunheim für das Jahr 2022 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Niederschrift 5. Sitzung

Einstimmig

21. 2021-139 Bericht über die Prüfung des Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebs „Stadtentwicklung“

Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen hat eine Nachfrage im Zusammenhang zu den Mietbeträgen im Haushalt bzgl. der Wirtschaftsprüfung. Herr Laubscheer klärt dies auf.

Beschluss:

Dem in der Anlage beigefügten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebs „Stadtentwicklung“ durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner wird die Zustimmung erteilt.

Der Betriebsleitung wird gemäß dem Bericht der Wirtschaftsprüfer Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

22. 2021-140 Aufstellung des Jahresabschlusses 2020

Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen hat eine Wortmeldung und hinterfragt die Aufwandsdarstellung betreffend die Bahnhofsvorplatzgestaltung aus 2019. Im Haushalt erscheine eine 30-jährige Abzahlung, die mehr als 3-mal so hoch ausfallen würde – Bezug Position Anlage 4 Blatt 6. Herr Laubscheer erklärt die Abbildung von Laufzeiten.

Beschluss:

Der Magistrat beschließt, den als Anlage beigefügten Jahresabschluss 2020 der Stadt Raunheim aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

23. 2021-136 Bebauungsplan 61.23.47 „Schleusenstraße“

hier: 1. Änderung

Der TSV benötigt für seine Gastronomie eine baurechtliche Grundlage für die Nutzung des Außenbereichs. Der Bebauungsplan ist entsprechend anzupassen. Der Bebauungsplanentwurf hing während der Beratung aus.

Beschluss:

1. Die Abwägung der nach den § 3 (2) und § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) wird im Einzelnen und die Abwägung im Gesamten beschlossen.
2. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 61.23.47 „Schleusenstraße“ - 1. Änderung wird gefasst und ist durch die Verwaltung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss
14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

**24. FA/2021-121 SPD-Antrag;
Anmeldung von Hunden zur Hundesteuer**

Die Fraktion der SPD gibt an, dass mehr Hunde angemeldet werden können und möchte Hürden beiderseits abbauen mit der Folge von Mehreinnahmen. Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen, dass der Antrag sich gegeneinander aushebelt. Kofferraumverkäufer haben keine Vorteile.

Beschluss:

Der Antrag wird wie vorgeschlagen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**25. FA/2021-129 B90/Die Grünen Prüfauftrag;
Schaffung einer Ausleih-Möglichkeit für Lasten-Fahrräder durch einen Dienstleister in Raunheim**

Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen hat Ihren Antrag modifiziert. Die Stadt wird gebeten, einen Dienstleister für die Ausleihmöglichkeit zu gewinnen.

Beschluss:

Dem Prüfantrag der Grünen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**26. FA/2021-134 CDU-Antrag;
Erstellung eines Sicherheitszauns an der Freisportanlage zum Schnelser Weg**

Der Bürgermeister stellt als Alternative zu der kostenintensiven Erstellung eines Ballfangzaunes ein stärkeres Aufgrünen in Aussicht. Die CDU schlägt die Umwandlung zu einem Prüfantrag vor.

Beschluss:

Der Prüfantrag wird in die STVV mitaufgenommen

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

**27. FA/2021-115 Wiederaufruf
B90/Die Grünen Prüfantrag
Anbringung von sog. Haifischzähnen auf Höhe der rechts einmündenden Straßen zur Karlstraße**

Der Bürgermeister und der Vorsitzende verweisen auf den Sachstand aus der vorhergehenden Sitzung. Hier wurde dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt. Die Präsentation wird zur Verfügung gestellt.

PROTOKOLL

Haupt- und Finanzausschuss

14.12.2021



E/5 - 2011/2016 -

Beschluss:

Beschlussempfehlung: Das Konzept der Verwaltung wird mitaufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Kein Beschluss

28. FA/2021-10 Prüfantrag FDP-Fraktion: Möglichkeit der Schaffung einer Corona-Beratungs- und Informationsstelle

Der Bürgermeister erklärt zum Sachstand, dass die Verwaltung eine zentrale Telefonnummer veröffentlichen wird, über die Anfragen beantwortet werden.

Abstimmungsergebnis:

Kein Beschluss

29. Verschiedenes

Eine Wortmeldung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zielt auf die Bebauung des ehemaligen Feuerwehrstützpunktes. Herr Jühe und Herr Laubscheer klären auf.

Steffen Gabriel
(Ausschussvorsitzender)

Patrick Köckeritz
(Schriftführer)